

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

5. Sitzung

am Montag, dem 10. Juli 2000, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Gisela Böhrk (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

in Vertretung von Dr. Gabriele Kötschau

Fehlende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Landwirtschaftlicher Praktikantenaustausch mit Kaliningrad	5
Bericht der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
2. Zivilgesellschaft in Kaliningrad - Eine Explorationsstudie zur Förderung und Intensivierung partnerschaftlicher Zusammenarbeit	9
Bericht des stellv. Direktors des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften an der CAU, Herrn Dr. Wellmann	
3. Stand der Vorbereitungen der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz am 4. und 5. September 2000 in Malmö	12
Bericht des Landtagspräsidenten	
4. Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1999/2000 (Ostseebericht)	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/204	
5. Fördermittel der Europäischen Union für Schleswig-Holstein 1999	17
6. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	18
Drucksache 15/10	

7. Verschiedenes**19**

- a) **Europäische Verfassung/Grundrechtecharta**

- b) **Reisen des Ausschusses zur EXPO 2000 nach Hannover
sowie nach Brüssel**

- c) **Termine**

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Landwirtschaftlicher Praktikantenaustausch mit Kaliningrad

Bericht der Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Der Europaausschuss lässt sich im Beisein der Landwirtschaftsministerin von Gästen aus Kaliningrad, zu dem der Abteilungsleiter des Agroindustriellen Komitees der Verwaltung des Kaliningrader Gebietes, Herr Wladimir Wasilijewitsch Golubzwo, die Abteilungsleiterin der Agrarreform des Agroindustriellen Komitees, Frau Ludmila Petrowna Stogowa, sowie die Deutschlehrerin einer landwirtschaftlichen Berufsschule in Polensk, Frau Ludmila Arschukowa gehören, über die Erfahrungen mit dem landwirtschaftlichen Praktikantenaustausch mit Kaliningrad unterrichten.

Einleitend gibt M Franzen einen kurzen Überblick über den auf Initiative des Europaausschusses ins Leben gerufenen Praktikantenaustausch mit Kaliningrad. Ziel sei es, potentielle landwirtschaftliche Fach- und Führungskräfte aus dem Kaliningrader Gebiet im landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Bereich fortzubilden. Das Programm richte sich an Studenten und Fachschüler technischer Schulen mit guten Deutschkenntnissen, die über einen Führerschein für PKW und landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge verfügten. Das Praktikum, das sich auf einen Zeitraum von sechs Monaten erstreckt, werde in landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins absolviert und durch ein Fortbildungsprogramm in der DEULA und in der Bildungs- und Beratungsstelle des Versuchsgutes Futterkamp ergänzt.

Für die Organisation der Betriebe und die Durchführung des Programms sei die schleswig-holsteinische Landwirtschaftskammer zuständig, teilt M Franzen mit. Das Ministerium sei mit der Auswahl der Praktikanten und dem Ablauf in Schleswig-Holstein befasst. Eingebunden in die außerlandwirtschaftliche Fortbildung sei die Carl-Duisberg-Gesellschaft. Das 15 Praktikanten umfassende Programm finanziere das Ministerium für ländliche Räume, Lan-

desplanung, Landwirtschaft und Tourismus in Höhe von 50.000 DM, wobei die Praktikanten ein Entgelt in Höhe der Ausbildungsvergütung erhielten. 1999 habe Schleswig-Holstein acht und im Jahr 2000 neun Praktikanten aufgenommen.

M Franzen teilt mit, in dem mit der Kaliningrader Delegation geführten Gespräch sei eine Ausweitung bereits vorhandener Kontakte der CAU Kiel mit der Technischen Universität Kaliningrad speziell im Agrarbereich angedacht worden.

In der anschließenden Diskussion erläutert Herr Dr. Trede auf eine Frage von Abg. Ritzek nach den Ausbildungsinhalten des Praktikantenaustausches, die Praktikanten würden mit der Produktion ebenso vertraut gemacht wie mit betriebswirtschaftlichen Fragen. Während des dreiwöchigen Fortbildungsprogramms würden Themen wie Produktqualität und Marketing behandelt.

Zu den Chancen der Jugendlichen, in der Oblast Kaliningrad eine berufliche Ausbildung und Qualifikation zu erwerben, nach denen sich Abg. Behm erkundigt, führt Herr Golubzwo aus, das Ausbildungssystem für landwirtschaftliche Fachkräfte basiere auf drei verschiedenen Ebenen, nämlich der allgemeinbildenden Schule, der mittleren Bildungsebene und den Hochschulen. Hochqualifizierte Lehrkräfte stellten die Qualität der Ausbildung sicher, dennoch sei ein gewisses Gefälle im Hinblick auf das Niveau in anderen landwirtschaftlich höher entwickelten Ländern um Kaliningrad herum zu beobachten. Das Austauschprogramm mit Schleswig-Holstein leiste einen wichtigen Beitrag, das Ausbildungsniveau in Kaliningrad anzuheben, da die Praktikanten dort als Multiplikatoren wirkten und ihr erworbenes Wissen weiter gäben.

Herr Golubzwo greift Fragen von Abg. Ritzek nach der Umsetzung des gelernten Wissens auf und legt dar, die Struktur der Landwirtschaft insgesamt und der landwirtschaftlichen Betriebe habe sich in den Zeiten der Reformen erheblich in Richtung auf marktwirtschaftliche Prinzipien verändert. Im landwirtschaftlichen Produktionssektor gebe es keine staatlichen Betriebe.

Außerdem habe Kaliningrad ein auf drei Jahre angelegtes Programm für den Einsatz neuer Technologien im Agrarsektor aufgelegt. Darüber hinaus importiere Kaliningrad neue Agrartechnik aus dem Ausland unter anderem aus Deutschland, sodass die Praktikanten das in Deutschland erworbene Wissen vor Ort umsetzen könnten.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Osterweiterung und der damit einhergehenden Ausweitung der Grenzen der Europäischen Union bis nach Kaliningrad erkundigt sich Abg. Steenblock nach der derzeitigen Situation und der künftigen Entwicklung im Hinblick auf den Warenaustausch, die gegebenenfalls durch einen verstärkten Konkurrenzdruck gekennzeichnet

sein könnte. Dazu führt Herr Golubzwo aus, es gebe hervorragende Kontaktmöglichkeiten zu den angrenzenden Nachbarstaaten wie beispielsweise Polen und Litauen, wo es keine Visapflicht mehr gebe. Entsprechendes gelte für den Warenaustausch landwirtschaftlicher Güter. Dennoch habe Kaliningrad eine bestimmte Importquote festgelegt, die nicht überschritten werden dürfe, um die sonst „erdrückende Konkurrenz“ zu regulieren.

Ferner teilt Herr Golubzwo mit, 20 % der Bevölkerung lebten im ländlichen Raum. Zu Beginn des Reformprozesses sei jedoch eine Abwanderung der Bevölkerung in die Städte zu verzeichnen gewesen, da der Arbeitsmarkt sowie die Arbeitsbedingungen dort günstiger seien. Er hebt hervor, 1999 hätten 65 % der landwirtschaftlichen Betriebe mit Gewinn gearbeitet, sodass sich die Arbeitsmarktbedingungen auch im ländlichen Raum verbesserten. Dadurch verringere sich die Tendenz der Landflucht. Es gebe folglich eine große Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in ländlichen Bildungseinrichtungen.

Herr Golubzwo teilt auf Fragen von Abg. Rodust mit, Kaliningrad habe 184 Kooperationsbetriebe sowie zirka 6.000 Familienbetriebe. Letztere umfassten bis maximal 200 ha. Während in den bis zu 1.500 ha umfassenden Großbetrieben fest angestellte Arbeitskräfte beschäftigt seien, stellten Familienbetriebe gegebenenfalls Saisonarbeiter ein.

Frau Arschukowa führt zu der von Abg. Rodust gestellten Frage nach der Rolle der Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben aus, die Frauen absolvierten häufig eine auf die Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes ausgerichtete Ausbildung zur Buchhalterin. Darüber hinaus könnten sie sich zur Wirtschaftlerin weiter qualifizieren. Frau Stogowa ergänzt, an der Spitze der landwirtschaftlichen Betriebe stünden zu 30 % Frauen, von denen einige für Nutzflächen zwischen 1.000 bis 1.500 ha zuständig seien.

M Franzen erläutert, im Rahmen einer Nachbearbeitung werde das Projekt ausgewertet und die berufliche Entwicklung der Praktikanten werde von russischer Seite in einem Bericht dokumentiert. Ab 2001 sei ein Treffen ehemaliger Praktikanten geplant. Zur Vernetzung der Institutionen sei eine Partnerschaft zwischen der landwirtschaftlichen Berufsschule in Polensk sowie der beruflichen Schule in Rendsburg und zwischen der DEULA und dem entsprechenden Kaliningrader Institut geplant.

Auf Vorschlag der Kaliningrader Delegation sagt M Franzen ihre Unterstützung zu, interessierten Auszubildenden aus Schleswig-Holstein die Möglichkeit zu eröffnen, ihrerseits ein Praktikum in Kaliningrad zu absolvieren. Ferner begrüßt sie den Vorschlag von Abg. Ritzek, Experten nach Kaliningrad zu entsenden.

Herr Golubzwo merkt ergänzend an, hinsichtlich der Aufnahme deutscher Praktikanten biete sich die Schaffung einer gemeinsamen Einrichtung an, deren Basis landwirtschaftliche Betriebe in Kaliningrad sein könnten, die sich in deutscher Hand befänden. Seit 1994 gebe es ein bilaterales Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der russischen Föderation, wonach deutschstämmige Übersiedler aus anderen Teilen Russlands, die in das Kaliningrader Gebiet kämen, Hilfestellungen erhielten. Im Rahmen dieses Programmes seien deutsche Fachleute nach Kaliningrad gekommen.

Auf eine Frage von Abg. Behm nach der kommenden Entwicklung in den nächsten zwei bis drei Jahren erwidert Herr Golubzwo, im landwirtschaftlichen Sektor sehe er keine Beschäftigungsprobleme. Weitere Beschäftigungsmöglichkeiten böten die Bau- und Waldwirtschaft sowie handwerkliche Bereiche. Ferner teilt er mit, dass der landwirtschaftliche Markt in Zukunft in einem gewissen Umfang liberalisiert werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zivilgesellschaft in Kaliningrad - Eine Explorationsstudie zur Förderung und Intensivierung partnerschaftlicher Zusammenarbeit

Bericht des stellv. Direktors des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften an der CAU, Herrn Dr. Wellmann

Umdruck: 15/209

Die vom Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften erstellte Studie zur Zivilgesellschaft in Kaliningrad, Umdruck 15/209, qualifiziert der stellvertretende Direktor dieses Instituts, Herr Dr. Wellmann, als „Who's who“ der organisierten Kaliningrader Zivilgesellschaft, die den unterschiedlichsten Akteuren als Informationsquelle für die Kontaktaufnahme und damit für die Schaffung von Partnerschaften und Zusammenarbeit dienen solle.

Als wesentliches Ergebnis der Studie hebt Herr Dr. Wellmann eine ausgesprochen umfangreiche und pluralistische Zivilgesellschaft Kaliningrad hervor. Die Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements und der zivilen Initiativen manifestiere sich in Themenbereichen und Organisationsformen.

Herr Dr. Wellmann stellt fest, dass auf gesellschaftlicher Ebene organisierte Gruppen und Initiativen in Kaliningrad auf vergleichbare Probleme wie entsprechende Vereine in Deutschland stießen; dazu zählten beispielsweise Geldmangel, Schwierigkeiten, Menschen zu mobilisieren sowie diskontinuierliches Engagement und Probleme logistischer wie bürokratischer Art.

Unterschiedlich sei jedoch der politisch-gesellschaftliche wie ökonomische Kontext in Kaliningrad, der eine dauerhafte und stabile Arbeit der zivilgesellschaftlichen Gruppen erschwere. Ein Grundproblem bestehe in dem Verhältnis der so genannten Machtstrukturen - dazu zählten die Gebiets- und Stadtverwaltung, aber auch die Gebietsduma - zu den zivilgesellschaftlichen Initiativen oder nicht Regierungsorganisationen insgesamt. Die Studie belege darüber hinaus den in Kaliningrad schwach entwickelten Parlamentarismus.

Im Folgenden regt Herr Dr. Wellmann folgende Handlungsoptionen an: Er spricht sich für eine große Verbreitung der Studie speziell bei zivilgesellschaftlichen Akteuren aus, verbunden mit der Aufforderung, eine Zusammenarbeit mit Kaliningrad zu entwickeln.

Ferner regt er die Einrichtung eines Arbeitskreises „Kaliningrad“ unter der Schirmherrschaft entweder von Landtagspräsident Arens, des Europaausschusses oder des Parlamentes an, der - bestehend aus Parlamentariern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen - eine „Ethik der Zusammenarbeit“ erarbeiten sollte, da es eine ganze Reihe politisch sensibler Probleme in der Zusammenarbeit mit Kaliningrad gebe. Darüber hinaus sollte der Arbeitskreis mit der Gebietsduma koordinierend tätig sein sowie für Transparenz sorgen.

Außerdem schlägt er die Errichtung eines „Bürgerpreises“ vor, der vom Landtag und der Duma für hervorragendes zivilgesellschaftliches Engagement gestiftet werden sollte.

Ferner sollten Landtag und Gebietsduma die Frage problematisieren, welche Rolle die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Zivilgesellschaft im Rahmen parlamentarischer Demokratie einnehme. In Kaliningrad sehe er die Tendenz, dass die Politik engagierte Verbände „instrumentalisieren“.

Sinnvoll sei außerdem, in Kaliningrad ein Stipendium zu vergeben mit dem Ziel, die schleswig-holsteinische Zivilgesellschaft zu erforschen.

Darüber hinaus sollte der Landtag deutsche Stiftungen, die sich für das Gebiet Kaliningrad interessierten, für eine Förderung von kleinen Projekten im Bereich der zivilgesellschaftlichen Kooperation gewinnen.

Abschließend regt er an, einen Ort in Schleswig-Holstein für den Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung speziell mit Blick auf Kaliningrad ins Auge zu fassen.

Der Vorsitzende greift die Idee der Einrichtung eines Arbeitskreises auf und regt an, der Europaausschuss und der Landtagspräsident mögen sich über die Konkretisierung eines solchen Arbeitskreises Gedanken machen. Abg. Böhrk schlägt vor, diese Idee erst einmal in den Fraktionen zu diskutieren. P Arens tritt diesem Vorschlag bei und führt aus, der Landtag verstehe die parlamentarische Zusammenarbeit mit der Gebietsduma in Kaliningrad auch unter dem Aspekt, als „Kontakt- und Anlaufadresse für Zivilgesellschaften“ zu wirken. Er bewertet die Zusammenarbeit auf der Ebene von Landtagspräsident und Europaausschuss als sehr gut. Sollte jedoch ein größerer Bedarf an Organisation notwendig werden, sei die Idee eines Ar-

beitskreises sinnvoll. Der Europaausschuss folgt der Anregung von Abg. Böhrk, die Einrichtung eines Arbeitskreises erst einmal in den Fraktionen zu diskutieren.

Angesichts der quantitativen Vielfalt gesellschaftlicher Gruppierungen in Kaliningrad problematisiert L Dr. Schöning die Auswahl solcher Gruppen. Positiv bewertet er die vom Institut postulierte Leitlinie des Friedensgebotes. L Dr. Schöning verweist auf die Parallelität von parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Arbeit und prognostiziert, gäbe es nur Aktivitäten von so genannten NGOs ohne parlamentarische Unterstützung, liefe die Arbeit ins „Nichts“. Daraus folgert er, die Politik müsse selbst entsprechende Arbeit leisten, um die Tätigkeit der NGOs zu unterstützen und zu festigen.

Ferner bezieht sich L Dr. Schöning auf Ausführungen im Bericht, wonach die politische Ebene in Kaliningrad ein anderes Verständnis von Zivilgesellschaften habe. Seiner Überzeugung nach lasse sich diese Zurückhaltung seitens der politischen Ebene in Kaliningrad nur dadurch überwinden, dass die Politik aktiv mitwirke, um den NGO-Gesellschaften Rückhalt zu geben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Stand der Vorbereitungen der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz am 4. und 5. September 2000 in Malmö

Bericht des Landtagspräsidenten

hierzu: Umdruck 15/159

P Arens unterrichtet den Europaausschuss über den aktuellen Stand der Vorbereitungen der 9. Ostseeparlamentarierkonferenz am 4. und 5. September 2000 in Malmö, Umdruck 15/159, die unter dem Leitthema „Baltic Sea Cooperation - Bridges towards the Future“ steht.

In diesem Zusammenhang verweist P Arens auf die am 1. Juli 2000 in Betrieb genommene Brücke über den Øresund, die „ein Sinnbild“ für die Annäherung von Dänemark und Schweden, für die Anbindung Schwedens an Mitteleuropa sowie für die Regionen in Europa als künftige „Kraftzentren“ darstelle. Von der Øresundregion versprechen sich Politik und Wirtschaft auf beiden Seiten der Brücke ein neues europäisches Wachstumszentrum mit Ausstrahlung in den gesamten Ostseeraum, was auch Schleswig-Holstein ganz zentral berühren werde. Das Tagungsprogramm sowie der Tagungsort Malmö trügen der Entwicklung in der Øresundregion Rechnung.

Inhaltlich werde sich die 9. Ostseeparlamentarierkonferenz auf die „Nördliche Dimension“ und deren Chancen und Herausforderungen für die regionale und subregionale Zusammenarbeit konzentrieren. Schwerpunktmäßig werde sich die Konferenz in Malmö im Rahmen erstmals einzurichtender Arbeitsgruppen mit den Themen transeuropäische Netze und grenzüberschreitende Zusammenarbeit befassen. Die von den Arbeitsgruppen erarbeiteten Ergebnisse sollen dann im Plenum erörtert werden und in den Entwurf der Schlussresolution Eingang finden. Aufgrund des Konsensprinzips, das die Beschlussfassung kennzeichne, stelle die Resolution die Quelle der Legitimation für das Handeln der Ostseeparlamentarierkonferenz und ihres Arbeitskomitees, dem Standing Committee, dar.

P Arens unterstreicht, unter anderem auf Anregung Schleswig-Holsteins sei die Ostseeparlamentarierkonferenz in ihren Wirkungsmöglichkeiten professioneller geworden. Es sei ein Arbeitsprogramm 2000 entwickelt worden, das das Standing Committee binde und ihm bestimmte Aufgaben zuweise.

Abschließend verweist P Arens auf das Projekt einer internationalen Sommerakademie zur Ostseeregion, das vom Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften an der CAU konzipiert worden sei. Sollte es gelingen, das Projekt zu realisieren, was die Zustimmung des Ostseerates erfordere, wäre dies ein nachhaltiger und bemerkenswerter Beitrag aus Schleswig-Holstein zur Ostseekooperation.

Abg. Ehlers thematisiert die Verkehrsentwicklung und die Tendenz, dass Schleswig-Holstein aufgrund der aktuellen Verkehrsprojekte wie der Øresundbrücke oder in Zukunft einer Fehmarnbelt-Querung zunehmend zu einem „Transitland“ werde. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, dass sich neben dem Wirtschaftsausschuss auch der Europaausschuss verstärkt mit verkehrspolitischen Themen beschäftigen solle. P Arens begrüßt diese Anregung.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum
1999/2000 (Ostseebericht)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/204

AL Kindsmüller teilt mit, der im Vorfeld der Ostseeparlamentarierkonferenz gegebene Ostseebericht konzentriere sich auf Fragen der künftigen Entwicklung der Ostseekooperation im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung wie beispielsweise der Erweiterung der Europäischen Union und der „Northern Dimension“.

AL Kindsmüller führt die zwei von der Landesregierung verfolgten Ziele auf: Zum einen wolle die Landesregierung einen Beitrag zum Zusammenwachsen der Gesamtregion leisten und eine „europäische Großregion mit internationalen Funktionen“ schaffen. Zum anderen stehe die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins im Mittelpunkt.

AL Kindsmüller skizziert fünf wesentliche Entwicklungen in der Ostseeregion. Erstens habe die „Northern Dimension“ einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass sich die Europäische Union wieder mit den Fragen um den Ostseeraum beschäftige, auch wenn die Landesregierung - wie AL Kindsmüller betont - ein besseres Ergebnis - nämlich mit mehr Verbindlichkeit in manchen Positionen - auf der Konferenz des Europäischen Rates in Feira gewünscht hätte. Es komme jetzt darauf an, dass die Ostseeregion aus diesem Konzept etwas mache. Hier seien alle Akteure im Ostseeraum - Europäischer Rat, Ostseeparlamentarierkonferenz - gefordert.

Zweitens unterstreicht AL Kindsmüller, Kaliningrad stehe nunmehr „unverrückbar“ auf der europäischen Agenda und auf der Agenda des Ostseeraums.

Drittens informiert AL Kindsmüller darüber, dass der Erweiterungsprozess auf alle baltischen Staaten ausgeweitet worden sei, merkt allerdings an, die Schwierigkeiten mit Polen im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess seien sehr deutlich. Gerade im Hinblick auf die Landwirtschaft beurteile er die Situation zurzeit „kritisch“.

Viertens sei es aus Sicht Schleswig-Holsteins besonders erfreulich, dass das von Schleswig-Holstein initiierte Programm INTERREG II C bis 2006 mit einem erheblich höheren Förderbetrag fortgesetzt werde. Das manifestiere die Bedeutung des Ostseeraums auch aus der Sicht der Kommission.

Fünftens sei festzustellen, dass das größte Land im Ostseeraum - nämlich Deutschland - eine aktivere Ostseepolitik betreibe.

Abschließend geht AL Kindsmüller auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins ein. Zum einen habe Schleswig-Holstein die Präsenz im Ostseeraum während des Berichtszeitraums gewahrt. Hervorzuheben sei hier vor allem der Ausbau und die Intensivierung der Partnerschaft mit Kaliningrad und mit Norwegen. Wichtig sei ebenfalls, dass Schleswig-Holstein das Netz der Repräsentanzen halten und ausbauen können, zum Beispiel durch die Gründung einer Repräsentanz in Vilnius und der anstehenden Umwidmung der Repräsentanz in Malmö zu einer Øresundrepräsentanz.

AL Kindsmüller unterstreicht, bei der Entwicklung der Øresundregion sei Schleswig-Holstein „gut im Geschäft“, so beispielsweise im Rahmen des STRING-Projekts. Dadurch werde die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins gestärkt. Ferner erwähnt AL Kindsmüller die Umsetzung einzelner Projekte wie Baltic 21 sowie Ars Baltica.

Abschließend weist er darauf hin, dass der Vorsitz Deutschlands im Ostseerat in diesem Jahr eine Herausforderung auch für Schleswig-Holstein darstelle.

Hinsichtlich der deutschen Beiträge zum Ostseerat verweist AL Kindsmüller auf die von MP Simonis dem Deutschen Bundestag vorgestellte Initiative „Wissengesellschaft Ostsee“. Zusammen mit dem Außenministerium werde überlegt, in Schleswig-Holstein eine eigene Konferenz der NGOs im Ostseeraum durchzuführen.

Darüber hinaus werde Schleswig-Holstein unter dem Dach des Ostseerates in Kaliningrad eine Konferenz mit dem Ziel organisieren, als einen Teil des Aktionsplans der „Northern Dimension“ einen Aktionsplan Kaliningrad zu erstellen.

Darüber hinaus werde die Landesregierung das Thema der Erweiterung stark beschäftigen. Hier gehe es vor allem darum, Ängste und Befürchtungen abzubauen. Dazu habe die Landesregierung in der letzten Woche ein Positionspapier beschlossen, worüber der Europaausschuss selbstverständlich auch unterrichtet werde.

AL Kindsmüller teilt auf eine Frage von Abg. Ehlers mit, die Landesregierung gehe davon aus, dass hinsichtlich der Osterweiterung spezifische Übergangsbestimmungen definiert werden müssten. Schwierigkeiten bestünden weniger im Bereich der Agrarpolitik, denn auf dem Gebiet der Sozial- und Strukturpolitik im ländlichen Raum.

Gegenüber Abg. Böhrk weist AL Kindsmüller darauf hin, die Landesregierung begreife den Ostseerat in erster Linie als „politisches Koordinierungsinstrument“ für die „Region building“ im Ostseeraum. Das Außenministerium habe darüber hinaus ein Treffen der „politischen Direktoren“ - also auf der Ebene unterhalb der Staatssekretäre - angeregt, bei dem politische und strategische Fragen erörtert werden sollten.

Die Aufgaben des Sekretariats des Ostseerates in Stockholm, nach denen sich Abg. Böhrk erkundigt, bestünden darin, die vom Ostseerat beschlossenen Aktivitäten „administrativ“ umzusetzen. Das Sekretariat verfüge jedoch über kein Mandat, das es zu eigenen Aktivitäten berechtige.

Der Vorsitzende regt an, im Europaausschuss die Thematik der EU-Erweiterung auf die Tagesordnung zu setzen und darüber gegebenenfalls im Beisein mit einem Vertreter aus Brüssel zu diskutieren.

AL Kindsmüller sagt auf eine Bitte von Abg. Lehnert zu, dem Ausschuss das Positionspapier der Landesregierung in wenigen Tagen zuzusenden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Fördermittel der Europäischen Union für Schleswig-Holstein 1999 - eine Übersicht -

hierzu: Umdruck 15/190

AL Kindsmüller stellt in großen Zügen den Bericht über die Fördermittel der Europäischen Union für Schleswig-Holstein 1999 vor, Umdruck 15/190. Danach hätten sich die in den letzten zehn Jahren nach Schleswig-Holstein geflossenen EU-Mittel verzehnfacht. 80 % dieser Mittel stellten Agrargarantiezahlungen dar. Zugenommen habe der Zufluss von selbst erworbenen Mitteln sowie Mittel für innovative Bereiche.

AL Kindsmüller unterstreicht, in den letzten Jahren seien die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung erheblich angestiegen. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Hochschulen professioneller in Brüssel Mittelakquisition betrieben.

AL Kindsmüller teilt mit, dass das Programm INTERREG III wieder von Schleswig-Holstein aus verwaltet werde.

Die EU-Förderung mache 3 % des Landeshaushalts aus.

Als Perspektive sagt AL Kindsmüller steigende Zuflüsse an EU-Fördermitteln voraus, ab 2003 werde es jedoch eine „kritische Diskussion“ über die künftigen Zuflüsse aus EU-Kassen nach Schleswig-Holstein geben. Dies hänge mit der Erweiterung der Europäischen Union zusammen. Der Preis, den Schleswig-Holstein für die Osterweiterung zu zahlen haben werde, prognostiziert AL Kindsmüller, sei mit einem deutlichen Rückgang der Mittel aus der Europäischen Union nach Schleswig-Holstein ab dem Jahr 2006 verbunden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 15/10

(überwiesen am 12. Mai 2000 an den Innen- und Rechtsausschuss und alle übrigen Ausschüsse)

Der Europaausschuss folgt dem vom Vorsitzenden unterbreiteten Vorschlag, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Herr Dr. Bäumler, dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen eine Darstellung über den Themenkomplex Europa und Datenschutz geben möge.

Herr Dr. Weichert geht kurz auf die für den Europaausschuss relevanten Kapitel des Datenschutzberichtes ein. Er teilt mit, dass es seit dem 14. Juni 2000 einen Kabinettsbeschluss auf Bundesebene gebe, wonach das Bundesdatenschutzgesetz europarichtlinienkonform ausgelegt werden solle, das zum 1. Januar 2001 in Kraft treten solle. Dies werde auch Konsequenzen für Schleswig-Holstein haben, da die bisher anlassbezogene Kontrolle im Datenschutz der Privatwirtschaft durch eine anlassunabhängige Kontrolle abgelöst werden solle.

Herr Dr. Weichert teilt mit, hinsichtlich des Safe-Harbour-Prinzips gebe es eine Einigung zwischen der Europäischen Kommission und der US-Regierung über die Datenübermittlung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Das Europäische Parlament habe die Europäische Kommission aufgefordert nachzuverhandeln, weil in den Vereinigten Staaten eine unabhängige Datenschutzkontrolle und die Möglichkeit von Betroffenen, sich bei der Kontrollinstanz zu beschweren, nicht in ausreichendem Maße vorgesehen seien. Nachverhandelt werden solle auch bezüglich der Schadenersatzregelungen. Die weitere Entwicklung sei jedoch noch nicht absehbar.

Der Europaausschuss nimmt den Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, Drucksache 15/10, abschließend einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Europäische Verfassung/Grundrechtscharta

Der Ausschuss folgt einstimmig der Bitte der Europa Union Schleswig-Holstein, eine mündliche Anhörung zu der Thematik einer europäischen Verfassung und Grundrechtscharta durchzuführen.

b) Reisen des Ausschusses zur EXPO 2000 nach Hannover sowie nach Brüssel

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, am 11. September 2000 zur EXPO 2000 nach Hannover zu reisen und vom 12. bis 14. Oktober 2000 eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen sowie am 13. November 2000 in das Grenzland nach Nordschleswig zu reisen.

c) Termine

Der Ausschuss bestätigt einvernehmlich als Termin für die gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburger Bürgerschaft Freitag, den 24. November 2000, 16:00 Uhr.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Rolf Fischer

Vorsitzender

gez. Birgit Raddatz

stellv. Geschäfts- und Protokollführerin